

# Sächsische Dorfzeitung und Elbgaupresse

## Amtsblatt

Verlagsnummer Amt Dresden Nr. 31307

Verlags-Adresse: Elbgaupresse Dresden

für die Amtshauptmannschaften Dresden-Altfeld und Dresden-Neustadt, das Amtsgericht Dresden für die Superintendentur Dresden II, das Forstrentamt Dresden

und für die Gemeinden: Blasewitz, Weißer Hirsch, Lanbegast, Dobritz, Wachwitz, Niederpoyritz, Hosterwitz, Pillnitz, Weißig, Schönfeld

Publikations-Organ und Lokalanzeiger für Loschwitz, Rochwitz, Bühlau, die Köhnitzgemeinden, Dresden-Striesen, Neugruna und Tolkwitz

Druck und Verlag: Elbgaupresse-Verlag und Verlagsanstalt Hermann Voigt & Co.

Erscheint jeden Sonntag nachm. 4 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: durch die Post vierteljährlich 12.— einschließlich Bestellgeld; durch Boten frei ins Haus vierteljährlich 12.—, monatlich 4.—; bei Abholung in der Geschäftsstelle vierteljährlich 11.—, monatlich 3,75

Blasewitz  
Sonntag, 31. Juli 1920.

Anzeigen-Preis: die 6 gespaltene Grundzeile oder deren Raum 1.— Mark, im Textzeile die Zeile 250 Mark, für Tabellen- und schwierigen Satz 50% Zuschlag. Anzeigen-Annahme für die nächste Nummer bis vorm. 11 Uhr

### Neue Konferenzen.

Man war sich überall in der Welt von vornherein darüber klar, daß die Konferenz in Spa — wenn sie nicht als ergebnislos abgebrochen würde — die erste von vielen internationalen Konferenzen sein würde. Dies wäre auch dann der Fall gewesen, wenn in Spa alle auf der Tagesordnung stehenden Punkte erledigt worden wären. Nun ist aber die Wiederaufmachungsfrage auf eine neue Konferenz verschoben worden, die nach französischen Nachrichten am 20. August in Genf stattfinden soll.

Vorher aber — in den ersten Tagen des August — soll mindestens in der Schweiz eine internationale Bergarbeiter-Konferenz tagen. Die deutsche Bergarbeiterschaft hat sich einmütig hinter die Ausführungen ihres Führers, Otto Due, in Spa gestellt. Sie haben die Bedingungen erzwungen, unter denen eine Wiederarbeit im Bergbau geleistet werden könnte. Die beiden ersten Bedingungen — Steuerfreiheit des Uebertragsgeldes und Ueberweisung von Geldbeträgen an die Knappschaftskassen zwecks Aufbesserung der Pensionen — gehen nur die innere Finanzgebarung an. Der dritte Punkt dagegen: Sicherstellung einer besseren Ernährung, ist nur durch internationale Hilfe erfüllbar. Hier kann der internationale Bergarbeiterkongress wertvolle Hilfe leisten. Nicht nur in Deutschland, sondern auch in allen anderen Kohlenländern besitzen die Bergleute weit über ihr Zahlenverhältnis zu den übrigen Erwerbstätigen hinaus wirtschaftliche und politische Macht. Gelingt es den deutschen Vertretern auf dem kommenden Kongress, ihre Berufsgenossen für das deutsche Kohlenland und die daraus entstehenden allgemeinerwirtschaftlichen und politischen Gefahren zu interessieren, so kann für die Wiederaufmachungskonferenz in Genf den deutschen Vertretern eine wertvolle Rückendeckung in der Person der polnischen Vertreter gegeben werden. In Spa hat sich herausgestellt, daß positive Vorschläge einer Seite einen starken Einfluß auf die zu treffende Entscheidung ausüben. Wäre eine deutsche Initiative in Spa gründlicher vorbereitet worden, so hätte sich dort vielleicht Besseres erzielen lassen. Daraus sollten wir lernen, auf künftigen internationalen Konferenzen sachlich besser gerüstet zu sein.

### Politische Nachrichten.

#### Die Feind-Transporte durch Deutschland.

Berlin, 29. Juli. In den zahlreichen, die Bevölkerung beunruhigenden Gerüchten über die Beförderung von Truppen und Kampfmateriale der Entente auf deutschen Eisenbahnen, die im Kriege Polens gegen Sowjet-Rußland verwendet werden sollen, erzählt H. T. B. von zuständiger Stelle folgendes: Es gehen regelmäßig Nachschübe und Abzüge zu den in den Abteilungsgebieten stationierten Besatzungstruppen. Dementsprechend verkehren regelmäßig Züge über dieselben Strecken. Diese Transporte dienen lediglich dem Zwecke, die Besatzungstruppen abzulösen und mit Material zu versehen, und werden daraufhin von den deutschen zuständigen Stellen regelmäßig kontrolliert. Die Transporte erfolgen durchaus in Uebereinstimmung mit der Ausführung des Friedensvertrages und stehen in keiner Beziehung zu den polnisch-russischen Kriegshandlungen. Sie können daher nicht im geringsten die von der deutschen Regierung erklärte Neutralität beeinträchtigen.

Berlin, 29. Juli. Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, sind heute vormittag in Guxhagen zwei Dampfer aus Amerika eingetroffen, die den Rest der in Amerika befindlichen gewesenen tschechoslowakischen Regionäre brachten. Die Transporte der Tschechoslowaken durch Deutschland werden daher noch einige Zeit andauern. Das Reichswehrministerium, das von der Anhaltung des Transportzuges in Köln verständigt wurde, ordnete an, daß der Zug wegen der Haltung der sächsischen Arbeitererschaft nicht durch Sachsen weitergeschickt, sondern nach Bayern dirigiert werde.

#### Verfolgung der Kriegsverbrechen.

Leipzig. Wie das „Leipz. Tagebl.“ von zuverlässiger Seite erfährt, sind beim Reichsgericht bislang insgesamt 1012 Straffachen auf Grund des Befehles zur Verfolgung von Kriegsverbrechen vom 18. Dezember 1919 anhängig geworden. Davon entfällt die überwiegende Zahl, insgesamt 886 Sachen, auf die Anklagelisten der Entente. Der Oberreichsanwalt ist in allen Fällen eingeschritten, in denen die Angaben der Akten über die Person der Beschuldigten ein Einschreiten überhaupt ermöglichen. Der Fortgang der Ermittlungsverfahren wird dadurch außerordentlich verzögert, daß sowohl die früheren wie auch die neuen Auslieferungsakten ausreichende Angaben über die den Beschuldigten zur Last gelegten Taten, insbesondere das für die Beschuldigungen erforderliche Beweismaterial vermissen lassen. Durch Vermittlung des Auswärtigen Amtes ist an die ehemals feindlichen Regierungen vom Oberreichsanwalt mit dem Ersuchen herangetreten worden, um genaue Bezeichnung der strafbaren Handlungen, Aufklärung von Widerprüchen und Beschaffung von Beweismaterial. Von dem Ergebnis wird der Fortgang und die Erledigung der Verfahren abhängen.

#### Volschewistischer Sumpfsanz.

Unter dieser Ueberschrift macht die „Deutsche Tageszeitung“ (102 von 26. Juli) aufmerksam auf russische Verber, die ungelängten Versprechungen deutsche Sachmänner in den

Dienst der Sowjetrepublik zu locken hoffen. Es handelt sich um die Interessengemeinschaft der Auswanderungsorganisationen nach Sowjetrußland, die ihren Sitz in Leipzig hat.

Die „Deutsche Tageszeitung“ ist in der Lage, einen Brief veröffentlicht zu können, der an einen deutschen Landwirt gerichtet ist, der die Auswanderung erwogen hatte. Es heißt da:

Es handelt sich um die Uebernahme einer leitenden Stellung auf russischen Staatsgütern. Wie Ihnen vielleicht schon bekannt sein dürfte, sind in Rußland alle größeren Kron- und Privatgüter in Staatsbesitz überführt worden. Der unterzeichneten Organisation nun, welche zwecks Ueberweisung von Siedlungsland im vergangenen Jahre und zum zweiten Male dieses Jahr je eine Delegation erfolgreich zur russischen Regierung entsandte, wurde neben einem großen Siedlungsgebiet an der Wolga auch die Befehlshaber der verstaatlichten Großhäuser übertragen. Die Art und Weise derselben erziehen Sie aus den auf der letzten Spalte unserer beiliegenden Mitteilungen abgedruckten Bestimmungen für Sowjetkommunen. Der Zweck der Befehlshaber mit deutschen Arbeiterkräften ist eine rationelle Hebung der russischen Bodenkultur. In diesem Sinne sind die Verträge zwischen der russischen Regierung und unserer Organisation abgeschlossen. Wir haben nicht nur das Land zu besiedeln, sondern auch zur höchsten Leistungsfähigkeit zu steigern bezüglichs Land, Forst, Viehwirtschaft, Samen- und Obstbau, Vieh-, Fisch-, Bienenzucht, Volkerei usw. Die physischen Arbeiterkräfte hierzu sind in unserer Organisation zum Auswandern und Bestellen genügend vorhanden. Wir sollen diese zu Musterwirtschaften für die gesamte russische Bodenkultur ausbauen.

Man sieht aus diesem Briefe, daß die Regierung in Rußland in der Tat einsehst, daß es nicht weiter geht und daß sie entschlossen ist, den Schaden wieder gutzumachen, den der ungezügelter Nationalismus der russischen Volkswirtschaft bald nach Kriegsausbruch zufügte. Vor sechs Jahren haben als Direktoren von Fabriken, als Verwalter großer Güter Hunderte von Deutschen in ganz Rußland gerettet. Aber als der Krieg kam, wurden sie alle aus ihrer Tätigkeit herausgerissen und in Sibirien interniert. Noch sind die Zustände in Rußland nicht geordnet genug, daß man die Wiederkehr ähnlicher Rechtsbrüche für ausgeschlossen erklären könnte. Ueber große Pläne und Entwürfe ist man nirgends hinaus gekommen, so daß es schwer verständlich ist, wie Minister Simons in Reichstags die aufbauende Tätigkeit der Sowjetregierung uneingeschränkt preisen konnte. Er befand sich hier in der ihm sicher selbst peinlichen Gesellschaft der kommunistischen „Rote-Zeitung“, in deren Spalten ein Genosse Müller allerdings nicht genug rühmen kann. Aber es handelt sich eben nur um Gesetze und Verordnungen, die auf dem Papier geschrieben sind. Englische und italienische Arbeiter, die Gelegenheit fanden, sich an Ort und Stelle zu unterrichten, urteilen ganz anders.

#### Der Anteil der Landwirtschaft an dem jetzigen Brotpreis.

In der Fachzeitschrift „Die Wähele“ ist eine vom Verein sächsischer Mühlen errechnete Aufstellung über die Belastung des gegenwärtigen Brotpreises erschienen, die wir hier zum Abdruck bringen, um dem immer wieder erhobenen Vorwurf zu begegnen, daß die Landwirtschaft an der Verteuerung des Brotpreises die Schuld trage. Der nachstehenden Berechnung sind 100 Kilo Wehl oder 122,5 Kilo Roggen zugrunde gelegt.

Landwirtschaft mit 70.— M. = 25,40 v. d. H.  
Reichsgetreidestelle mit 90.— M. = 32,00 v. d. H.  
Müllerei mit 13.— M. = 5.— v. d. H.  
Mädelerei mit 84.— M. = 30,50 v. d. H.  
Speisen des Gemeindeverbandes mit 9,65 M. = 3,20 v. d. H.  
Vermittler und Untervermittler mit 1,10 M. = 0,40 v. d. H.  
Kohlenverteilungstellen mit 1.— M. = 0,36 v. d. H.  
Verschiedene Unkosten mit 2,40 M. = 0,90 v. d. H.  
Rinsen für Betriebsmaterial mit 2,15 M. = 0,80 v. d. H.  
Betriebskosten mit 4,80 M. = 1,80 v. d. H.  
Entschädigung der Wehlkosten (nach letzter Berechnung) mit 1.— M. = 0,36 v. d. H.  
Rutzen des Gemeindeverbandes mit 0,80 M. = 0,30 v. d. H.  
275,60 M. = 100.— v. d. H.

Ofternach stellt sich der Anteil der Landwirtschaft an dem gegenwärtigen Brotpreis genau auf ein Viertel, während der Anteil der Reichsgetreidestelle und der Müllerei nahezu ein Drittel beträgt. Die hohe Beteiligung der Reichsgetreidestelle an der Verteuerung des Brotes erklärt sich allerdings zum größten Teil aus dem Zufuß, der von dieser zur Verbilligung des zur Deckung der fehlenden Brotgetreidemengen einzuführenden ausländischen Getreides, von dem die Tonne zurzeit sich etwa auf 7500 M. stellt, auszuwenden ist.

#### Arbeiterunruhen in den höchsten Farbwerken.

Aus Dösch a. R., 29. Juli, wird berichtet: In größeren Arbeiterunruhen kam es heute vormittag vor dem Direktionsgebäude der Farbwerke vorm. Meister, Lucius u. Brüning. Unzufriedenheit der Arbeiter mit Lohn- und Arbeitszeitfragen sowie Unwille über den Steuerabzug sollen den Anlaß dazu gegeben haben. Die Menge kante sich an den Eingängen, im Treppenhause des Direktionsgebäudes und auf der Straße. Während eine Abordnung der Arbeiter mit der Direktion verhandelte, brach plötzlich im Treppenhause das Gekländer. Eine große Anzahl Menschen stürzte in die Tiefe. Zahlreiche Personen tragen schwere Verletzungen davon. Ein junger Mann ist seinen Verletzungen bereits erlegen. Einer der Direktoren soll bei der Aus-

einandernehmung mit den aufgeregten Arbeitern verletzt worden sein. — Eine weitere Meldung besagt: Die tumultuarischen Ausbrüche haben heute kurz nach der Mittagsstunde ihren Abschluß gefunden. Es wird darüber mitgeteilt: Die Direktion sagte zu, daß in den Betrieben, in denen eine 48-stündige Arbeitswoche noch nicht eingeführt ist, diese sofort eingeführt werden soll. Weiter wird das Werk den 10-prozentigen Steuerabzug rückwirkend übernehmen. Die durch die heutigen Vorgänge entgangenen Lohnausfälle wird das Werk tragen. Ueber die Frage der Lohnerhöhung wird morgen, wie vorgesehen war, verhandelt werden. Derbauersicherweise wurden einige hervorragende Mitglieder der Direktion schwer mißhandelt, daß sie voraussichtlich längere Zeit dienstunfähig sein werden. (S. T. B.)

#### Der Vormarsch gegen Warschau begonnen.

Genf, 29. Juli. Dasas meldet: Ein Moskauer Funkpruch zeigt den begonnenen Vormarsch der roten Armee auf Warschau an.

Basel, 29. Juli. Die „Nationalzeitung“ meldet aus Warschau: Kundgebungen vor den Ententegeandtschaften finden hier statt. Die abermalige Räumung von Breslau-Witost ist amtlich noch nicht zugegeben worden. Das Hauptquartier ist jedoch bereits nach Sedles zurückgeleitet.

Macht der polnischen Regierung nach Krakau? Zürich, 29. Juli. Der „Tagesanzeiger“ meldet aus Paris: Hier wird bekannt, daß die Verlegung der polnischen Regierung von Warschau nach Krakau beschlossen und vorbereitet ist, falls die Maginot ausgegeben werden muß. Die Vorkriegsverhandlungen wartet lediglich das Ergebnis der Waffenstillstandsverhandlungen am 30. d. Mts. ab. Insofern der Waffenstillstand nicht zustande kommt, ist die gesamte Mobilisierung der alliierten Heere für Polen auszusprechen.

Wann der Waffenstillstand scheitert. Paris, 29. Juli. Die Presseabteilung des Ministeriums des Innern teilt mit: Western fand eine Sitzung der englisch-französischen Militärkommission mit dem Ministerialrat statt. Es wurde über die Hilfe der Entente gegenüber Polen beraten. Die Hilfe soll mit größter Bestimmtheit geregelt werden, um, falls der Waffenstillstand nicht zustande kommt, bereit zu sein.

Folgenschwere Entscheidungen. Basel, 29. Juli. Der „Anzeiger“ meldet aus Paris: Die Einberufung der letzten aufgetretenen acht französischen Jahrgänge wird am kommenden Montag beendet sein. Die Fortsetzung des Sowjetvormarsches um nur noch wenige Kilometer wird zu den folgenschwersten Entscheidungen über den Frieden in Mitteleuropa führen.

Rußland will Polen wegrabieren. Rotterdam, 29. Juli. Die „Times“ melden: Die Moskauer Funkstation gibt jetzt zum ersten Male seit vielen Monaten der Welt wieder Kunde von den Verhandlungen im Moskauer großen Sowjet. Die letzten Telegramme vom Sonntag und Montag geben Beschlässe des Sowjets wieder, wonach ein Frieden mit Polen nur geschlossen werden dürfte bei Wiederherstellung einer direkten Grenze mit Deutschland und der Anerkennung der Sowjetrepublik durch die Entente.

Die Lasten der Besetzung. Berlin, 29. Juli. Der Haushaltsausschuß des Reichstags erließ heute den Rest des Haushaltsplans für das Reichsministerium des Innern und betraf dann den Etat des Reichsfinanzministeriums. Abg. Stücken (Soz.) teilt über die besetzten rheinischen Gebiete mit: Bis Ende April 1920 seien von uns bezahlt worden 1788 Millionen in bar, außerdem an unmittelbaren Leistungen 1565 Millionen, insgesamt 3353 Millionen. Die Ansprüche der fremden Offiziere auf Wohnungen und deren Ausstattung sind außerordentlich hoch. Der Delegierte der Rheinlandskommission hat eine Reklamierungswohnung und für deren Aushaltung 28 000 Mark verlangt, während dessen Gemahlin dann noch weitere Forderungen gestellt hat. So müßte das Reich an den finanziellen Ruin gebracht werden. Reichsminister v. Kaunert betont gegenüber diesen Ausführungen, daß in der Tat die Frage ausgeworfen werden müßte, wie Deutschland die Reparationskosten tragen sollte, wenn für die Besetzung der besetzten Gebiete so unübersehbar hohe Summen ausgegeben werden müßten. Eine Verringerung der Truppen würde unsere Lasten abmildern geeignet sein. Abg. Dr. Becker-Olsen (D. Sp.) verlangt, daß bei den Verhandlungen in Genf auf Abminderung der ungeheuren Kosten der Besatzungstruppen hingewirkt werde. Ein Regierungsvertreter teilte mit, daß die Absicht bestehe, über das Vorgeben der Besatzungstruppen bei dem hohen Rat Einspruch zu erheben. — Abg. Müller-Franken (Soz.) verlangt Sammlung des Materials über das verschwenderische Vorgehen der Franzosen in dem besetzten Gebiete und seine Verbreitung in anderen Ländern, um der ganzen Welt zu zeigen, wie außerordentlich durch die ungeheuren Besatzungskosten die Erfüllung der Reparationspflichten erschwert wird. — Abg. Mumm (Dtschnat.) verlangt einmütige Stellungnahme des Reichstags gegen die schwarze Schmach und beschwert sich darüber, daß auch die Verdelle der Besatzungstruppen von deutschen Steuergebern bezahlt würden. Bei der Abstimmung wurde die Forderung des Abg. Becker-Olsen in Form einer Resolution anerkannt. Die unabhängigen Stimmen gegen (1) die Forderung, die schwarzen Truppen durch wehr zu erheben. Angenommen wurde ferner eine Resolution der Sozialdemokratie, nach der die Unterdrückung und Verbilli-